

Naturschutz fördern

Naturschutzgebiete sollen kommen

Fortsetzung von Seite 1

Priorität ein: »Ich bin davon überzeugt, dass die Landschaft das Wichtigste ist, was es zu schützen gilt.« Doch der Weg dorthin mit nunmehr einem zu erwartenden Wust aus bürokratischen Verordnungen sei der falsche. »Richtiger Landschaftsschutz beginnt im Kopf der Menschen«, mahnt Stefan Schelle. Am Beispiel der vom Landratsamt erarbeiteten

»Das bedeutet das Aus für so beliebte Feste wie das Johannifeuer«, ereifert sich der Rathauschef. Das Entfernen von Buschwerk und Gehölz bedürfe nunmehr ebenfalls einer behördlichen Genehmigung – ein Unding, wie Schelle findet, da die Umwandlung dieser Flächen in wertvollen Magerrasen nun nicht mehr möglich sei. Für diese Argumente hat der Grünen-Sprecher im Kreistag, Christoph Nadler, nur ein ungläubiges Kopfschütteln übrig.

Der Kreisrat aus Taufkirchen wirft dem Kollegen aus Oberhaching Angst- und Panikmache vor. »Herr Schelle weiß ganz genau, dass diese Verordnung nur ein vorläufiger Entwurf ist. Über jeden einzelnen Punkt kann der Kreistag dezidiert abstimmen – und damit ein auf die Gemeinden maßgeschneidertes Konzept auf den Weg bringen.«

Es könne mitnichten davon die Rede sein, dass Taufkirchen und Oberhaching nunmehr in Stein gemeißelte Reglementierungen aufgedrängt würden.

Für den Landschaftsschutz sei der Schritt jedoch ein Segen: »Seit Jahrzehnten war es erstmalig im Kreistag möglich, die Ausweisung von vier Landschaftsschutzgebieten einzuleiten«, freut sich Nadler und weiter »Das ist etwas Einzigartiges.« *mst*

 **ELKU GmbH**
Meisterbetrieb
- Elektro - Hausgeräte
- Kundendienst
Reparatur aller Fabrikate
089 6114549 

»Verordnung des Landkreises München über das Landschaftsschutzgebiet Hachinger Tal im Gebiet der Gemeinden Oberhaching und Taufkirchen« erläutert Schelle die Problematik.

Unter Paragraph 5 mit dem Titel »Erlaubnis« beispielsweise ist angeführt, dass bezüglich baulicher Anlagen wie »Wochenendhäuser, Badehütten, Buden, Verkaufsstände und Gerätehütten« künftig in dem Areal spezielle Genehmigungen eingeholt werden müssen. Auch das Betreiben von Feuerstätten soll künftig untersagt sein.